

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18808.

**Inserate** kosten die 7 gespaltene Pettzelle oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Das dritte Jena.

Die Stadt, an deren Namen sich die Erinnerung an die schmachvolle Katastrophe der preussischen Junkerwirtschaft im Jahre 1806 knüpft, ist zum drittenmal zum Kongressort der deutschen Sozialdemokratie erkoren. Zweimal schon hat die Ordnungspresse den deutschen Proletariern ein „Jena“, einen Zusammenbruch gleich der Schlacht des 14. Oktober gewünscht. Beide Male, 1905 wie 1911, ist sie bitter enttäuscht worden. Und wenn sie diesmal ihren inbrünstigen Wunsch wiederholen sollte, was möglich ist, da sie an Weisheit und Verstand nicht zugenommen hat, so wird es ihr wieder so ergehen. Wie die beiden früheren Tagungen zu Jena, so wird auch diese, zu der die Vertrauensleute der Partei am Sonntag zusammentreten, der Stärkung und dem Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung dienen. Der Parteitag von 1905 hat in der Geschichte unserer Partei einen besonderen Platz als jenes ihrer Parlamente, das den Massenstreik in die Reihe ihrer Kampfmittel stellte. Der von 1911 war der Auseinandersetzung über den Imperialismus und die Rüstungsfrage sowie der Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes gewidmet, der die Sozialdemokratie zur 4-Milionenpartei machte. Und der dritte Parteitag von Jena wird an Bedeutung hinter diesen beiden Tagungen nicht zurückstehen. Er wird wichtige Entscheidungen zu treffen haben, die die weitere Entwicklung der Partei stark beeinflussen müssen.

Ein Rückblick auf die letzten Monate zeigt uns die Partei in einem lebhaften Gärungsprozeß. Die Selbstkritik setzt plötzlich mit scharfer Sonde ein, ein Tasten und Suchen hebt an nach den Gründen der mangelnden Fortschritte der Organisation, den der Bericht des Parteivorstands feststellen mußte. Das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen, die Abstimmung der Reichstagsfraktion über die Deckungsvorlagen entfesselte ausgedehnte Debatten, in denen die Grenzen der Gruppen, die wir sonst in der Partei kennen, seltener verwischt und gebrochen erscheinen. Dem Außenstehenden erscheint das Ganze als ein wirres Chaos, aus dem sich kein Gebild zu gestalten vermag. Der Sozialdemokrat weiß, daß sich die Partei in solchen Auseinandersetzungen Klärung und neue Erkenntnisse erarbeitet. Und ihn schreckt deshalb auch der Zug innerer Unruhe nicht, der sich in diesem Ringen kundgibt. Solche innere Unruhe ist noch immer die Mutter des Fortschritts gewesen und wenn eine Partei in sich selbst unruhig ist, so hat sie zum mindesten Gewähr, daß ihre Kräfte nicht eintrocknen.

Weshalb aber diese innere Unruhe jetzt gerade so intensiv in der Partei aufsteigt, das ist nicht so schwer zu erkennen. Die Ereignisse haben uns in diesem Jahre mit grauamer Deutlichkeit gezeigt, daß unsern normalen Kampfmethoden Schranken gesetzt sind, gegen die sie vorerst nicht aufzukommen vermögen. Der Ausgang der preussischen Landtagswahlen, so ehrenvoll er auch für die Sozialdemokratie war, ließ die reaktionäre Wirtschaft in Preußen unerschütterter, Dreiklassenunrecht und Junkerherrschaft ungebroschen. Die Wehrvorlage, diese ungeheuerste Rüstungsvorlage, die dem deutschen Volke je zugemutet wurde, diese riesenhafte Ausgeburt des Imperialismus bewies uns recht anschaulich, daß der glänzende Wahlsieg von 1912, die Verstärkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf 110 Köpfe die herrschende Klasse keineswegs zu Zugeständnissen geneigt macht, daß im Gegenteil die Gegensätze sich immer schärfer gestalten, die bürgerlichen Parteien sich in entscheidenden Fragen immer fester zur geschlossenen Phalanx gegen das klassenbewußte Proletariat zusammenschließen, um ihm den Aufstieg zu verwehren. Die parlamentarischen Ereignisse des Frühjahrs und Sommers reden nichts von Verträgen, nichts von Uebergabe, sondern zeigen,

daß die Arbeiterklasse zum äußersten entschlossene Feinde gegen sich hat, daß wir nicht in eine Periode allmählichen Uebergangs des Klassenstaats in ein demokratisch und sozialistisch gerichtetes Gemeinwesen eingetreten sind, sondern daß sich der Kapitalismus vielmehr erst in seiner ganzen Größe und Gewalttätigkeit entfalten und ausreden wird, daß er seine ganze Kraft aufbietet, um sich gegen den Ansturm der Ausgebeuteten zu halten.

Während der Imperialismus die Raubgelüste des Kapitalismus potenziert, während er die Kriegsgefahr zum Normalzustand der kapitalistischen Welt erhebt, während er überall die unendliche Schraube des Wettrüstens in schnelle Bewegung setzt und die Lasten der Völker ins Ungemessene steigert, während er alle bürgerlichen Parteien sich untertan macht, greift gleichzeitig auch die Reizung, das Proletariat mit den Mitteln der Gewalt, der Ausnahme-gesetzgebung und Behandlung niederzuhalten, ihm seine wenigen Rechte zu rauben oder zu verklümmern, immer mehr um sich unter den bürgerlichen Parteien. Die Reichsver-sicherungsordnung war ein Vorstoß in dieser Richtung; die unablässige Ministerarbeit der Schlot- und Krautjunger gegen das Koalitionsrecht, die brutale Befolgung der freien Jugendbewegung sind Alarmsignale, die uns die Höhe der Gefahr anzeigen und schon machen unsre Feinde kaum noch ein Hehl daraus, daß sie in dem kommenden neuen Straf-gesetzbuch ein System aufzurichten wollen, das unter dem Schein des gemeinen Rechts die Arbeiterbewegung unter einen Ausnahmezustand stellt und sie den Auswegskünstlern und den Vorurteilern einer sorgfältig aus der herrschenden Klasse ausgewählten Richterliste völlig ausliefert. Und während so die Zeichen sich mehren, daß unsre wachsende Macht die Gegner nicht zum Rückzug bringt, daß vielmehr unsre Kämpfe in der Zukunft schärfer und die Entscheidungen weittragender werden müssen, stoßen wir gleichzeitig auf Erscheinungen in der Arbeiterklasse selber, die uns darauf hinweisen, daß auch hier noch Hindernisse sich aufstürmen, die sich einem glatten Ablauf unsres Vormarschs entgegenstellen. Der Stillstand der Organisation, das Ausbleiben des Massensturmes im Kampf wider die Wehrvorlage des Imperialismus reden eine Sprache, die nicht mißverstanden werden kann.

Zur selben Zeit aber wird das Proletariat von der brutalen Faust des Kapitalismus rücksichtslos auf die Tatsache gestoßen, daß alle Reformen, die es bisher erkaufte hat, nur ein Kleines sind gegen das große Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft, das aller Heilversuche spottet, das erst mit ihr verschwinden wird. Die Krise hat mit Wucht eingeseht, und obgleich sie erst in ihren Anfängen steht, ist die Zahl der Arbeitslosen schon zu bedrohlicher Höhe angeschwollen. Die bittere Not steht wieder dräuend vor der Tür der Arbeiterwohnung, die Unsicherheit seiner Existenz wird dem Proletariat wieder mit grauamer Deutlichkeit klar. Und die Not der Arbeitslosigkeit wird noch gesteigert durch die Teuerung der Lebensmittel, die nur zu einem Teil als Ergebnis der Wucherzoll- und Grenzsperrpolitik der Junker anzusprechen ist, die im letzten Grunde auch aus dem Kapitalismus entspringt, eine internationale Erscheinung, die aus der Industrialisierung der Welt geboren ist. Der Kapitalismus ist aus dem gewaltigen Befreier und Beförderer der Produktion schon zu einer Schranke ihrer Entfaltung geworden. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde zur Fessel der Produktivkräfte, und unter seiner Herrschaft soll das verheißende Dichterwort: Es wächst hinieden Brot genug für alle Menschenkinder! zur Lüge werden.

Das ist die Zeit, in der wir stehen, und daß in ihr die Partei des Proletariats gedrängt wird, ihre Kampfmethoden

zu prüfen, ihr Waffenarsenal zu mustern, das kann nicht übersehen werden. Wenn die Zeit dem Proletariat mit Donnerstimme predigt, daß ein Ausgleich mit dem Kapitalismus nicht möglich ist, daß er ihn überwinden, daß er ihn umstürzen muß, will er sich ein wirklich menschenwürdiges Los sichern, dann ist für die Partei des Proletariats gewiß auch die Stunde, da sie zu prüfen hat, ob sie gewappnet ist für die schweren Kämpfe, die die Zukunft bringen wird, ob sie für alle Anforderungen, die plötzlich an sie herantreten mögen, gerüstet ist, auf die Fragen, die ihr die Sphynx der Zeit stellen kann, die Antwort bereit hat.

Deshalb werden wir jetzt in Jena wieder eine Massenstreikdebatte haben. Nicht eine Beratung darüber, wann wir den Massenstreik machen — weil er überhaupt nicht „gemacht“ werden kann. Sondern um auszusprechen, was ist: daß die jetzige Situation das Proletariat auf dieses Kampfmittel verweist, daß sie die Notwendigkeit lehrt, sich auf seine Anwendung vorzubereiten und zu rüsten. Die Debatte muß erkennen lassen, daß die deutsche Sozialdemokratie über ihren Wahlsiegen, über ihrer Organisationsarbeit nicht vergißt, daß die Wurzeln ihrer Kraft in den Massen liegen, daß sie nicht bloß parlamentarische Waffen zu führen hat. Und sie muß zeigen, daß die Partei erkennt, wie die Zeit der schwersten Kämpfe noch vor ihr liegt, und daß in ihnen der einzelne mehr einzusehen haben wird, als Stimmgäbel und Wahlvereinsbeitrag. Der Wert der Massenstreikdebatte liegt zu einem guten Teil darin, daß diese Erkenntnis weiter und weiter in den Massen Verbreitung findet.

Die Erörterungen über die Steuerfrage werden auch mit im Bannkreis dieser Gedanken stehen. Der schärfste Kampf gegen den Militarismus ist die gebieterische Pflicht der Partei, und wo ihm durch Verweigerung der Deckung Abbruch getan werden kann, da muß es geschehen. Der Streit ist, ob bei der imperialistischen Verfeuchung der bürgerlichen Parteien irgendeine Möglichkeit war, durch parlamentarische Mittel die Bewilligung der Wehrvorlage zu verhindern, ob nicht die Pflicht, eine neue Befestigung der Massen zu verhindern, in solchem Fall erhöhte Beachtung fordert. Das Für und Wider dieser Meinungen ist hier in diesen Spalten eingehend erörtert worden. Am Parteitag ist es jetzt, die endgültige Entscheidung zu fällen.

Die bürgerliche Gesellschaft mit aller Kraft aufzurütteln, daß sie alles das tue, was sie zur Linderung der Arbeitslosigkeit tun kann, das wird die Aufgabe der Erörterung über die Arbeitslosenfürsorge sein. Hier werden die Forderungen, die die Arbeiterschaft an den Staat und die Gemeinden zu stellen hat, scharf formuliert werden. Die Sozialdemokratie wird da ein Stück positiver Arbeit für die Notleidenden verrichten und zeigen, daß sie die Vorbereitung auf große, umwälzende Kämpfe und die Reformarbeit sehr gut zu verbinden vermag.

Aus den andern wichtigen Aufgaben des Parteitags hebt sich eine bedeutsam heraus: die, einen Nachfolger für August Bebel zu bestellen. So unerfährlich dieser große Führer ist, der Posten, der durch sein Ableben freigeworden ist, muß wieder besetzt werden. Und so schwer die Last ist, die das Erbe Bebel's bedeutet, die Partei wird den Mann finden, der an diese Stelle gesetzt werden kann. Es ist der erste Parteitag, auf dem der kluge Rat unsres Alten entbehrt werden muß. Wir alle werden ihn schmerzlich vermissen. Aber wir hoffen, daß die Arbeit unsres Parlaments deshalb nicht schlechter ausfallen wird. Denn der Geist Bebel's lebt weiter in der deutschen Sozialdemokratie und wird auch den Beratungen ihrer dritten Tagung zu Jena nicht fehlen.